

Karl Jettmar

PLANUNGSCHAOS UND ENTWICKLUNGSLÄNDERFORSCHUNG

Wenn sich das Prioritätenkarussell dreht, geht mancherorts der Geldhahn zu

Am Abend des 27.1.1971 lud die Vertretung des Landes Baden-Württemberg beim Bund zu einer kleinen Veranstaltung ein, bei der alljährlich Angehörige des Südasien-Instituts (SAI) der Universität Heidelberg über Erfolge und Probleme der Institution berichten, an der sie tätig sind. Der Stellvertretende Geschäftsführende Direktor des Instituts, Prof. Dr. Karl Jettmar, gab dabei ein Referat, das um seiner grundsätzlichen Aussagen willen hier auszugsweise zur Diskussion gestellt wird.

Das SAI hat auch im letzten Jahr das Lehrangebot der Universität erheblich erweitert. Pro Semester hält es rund 50 Vorlesungen, Seminare und Arbeitsgemeinschaften ab, z. T. in Fächern, die es in der BRD vor der Gründung des Instituts noch nie, jedenfalls nicht in sinnvollen Kombinationsmöglichkeiten gab. Als weitere wichtige Aufgabe betrachtet das SAI die Zusammenarbeit mit Forschungs- und Lehrinrichtungen des südasiatischen Raumes. Hierfür konnten nur Beispiele angeführt werden. So leitet ein Angehöriger des Seminars für Ethnologie den Aufbau eines Ethnologischen Instituts an der Universität Kabul. Der Stützpunkt, den er in Afghanistan geschaffen hat, hat die Vorbereitung und Durchführung zahlreicher Expeditionen, auch von anderen Universitäten, möglich gemacht. Derartige Außenstellen erlauben es, Studenten des SAI bereits im Dissertationsstadium in die Feldforschung einzuführen und sie während ihrer Untersuchungen zu betreuen.

Wer im Auftrage des SAI eine Tätigkeit im Ausland übernimmt, tut dies in Wahrnehmung seiner regulären Dienstpflichten. Es gibt daher die Rückeingliederungsschwierigkeiten nicht, die sonst so häufig auftreten.

Mehrfach hat das SAI seine Mitarbeiter beratend oder helfend für das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) und dessen Aufgaben zur Verfügung gestellt. Das reicht von der Mitarbeit im Wissenschaftlichen Beirat über die Erstellung einer Länderstudie bis zur Übernahme von Ausbildungsfunktionen für den Deutschen Entwicklungsdienst.

Allerdings stehen diesen positiven Aspekten auch sehr wenig erfreuliche gegenüber:

Der Aufbau des SAI war von seinen Gründern, darunter dem gegenwärtigen Kultusminister Prof. Hahn, als eine

Leistung des Landes Baden-Württemberg für die Interessen des Gesamtstaates gedacht. Dies geschah in der optimistischen Erwartung, daß andere Bundesländer ähnliche Leistungen erbringen würden – also interdisziplinäre Universitätsinstitute für andere Regionen errichten, so daß ein gemeinsames Kulturinstrument auf föderalistischer Basis entstünde, das insgesamt die 1945 zerschlagene Auslandswissenschaftliche Fakultät in Berlin ersetzen könnte.

Diese Konstruktion ist niemals realisiert worden. Nur Nordrhein-Westfalen ist einen ähnlichen Weg gegangen. Hamburg hat eine Schlüsselstellung wie früher Berlin nur im außeruniversitären Bereich erringen können. In dieser unge-

Probleme, dargestellt am Beispiel des Südasien-Instituts

klärten Situation werden nun Gefahren relevant, die von vornherein eine solche Gründung belasten. Sie liegen darin, daß bei einer Leistung, die nicht dem Land selbst dient, ein Wandel der Prioritäten zu einem Abbruch des Ausbaus und zum Einfrieren auf dem zufällig erreichten Stand führt. Genau das ist eingetreten. Wir haben in den letzten Jahren nicht nur den Wandel der Prioritäten, sondern geradezu ein *Prioritätenkarussell* erlebt, wobei im Augenblick der Ausbau der Massenfächer im Vordergrund steht. Damit befindet sich Baden-Württemberg in der zweifachen Position eines Entwicklungslandes, das seinerzeit zu viele Projekte begonnen hat und nun durch die Nachfolgelasten erdrückt wird. Die billigste Lösung ist natürlich, sich von der seinerzeit an die Universität Heidelberg gegebenen Zusicherung, der Aufbau des Instituts dürfe den Universitätsetat nicht belasten, sondern müsse aus separaten Quellen erfolgen, zu distanzieren. Die Alma Mater bleibt quasi mit einem illegitimen Kinde sitzen.

Das Resultat dieser Politik läßt sich aus der Entwicklung des Personalstands ablesen. Das Institut ist mit 14 Lehrstühlen konzipiert, von denen mindestens elf bis zwölf notwendig sind, wenn man das geforderte interdisziplinäre Arbeiten realisieren will. Ab 1967 ist kein einziger neuer Lehrstuhl mehr hinzugekommen, es blieb bei acht. Im Gegenteil, es droht eine Verschmälerung des Lehrangebots,

sobald der inzwischen über siebzig Jahre alt gewordene Spezialist für indische Kunst, für den nur eine Honorarprofessur geschaffen wurde, nicht mehr liest. Nun wurden zwar die Felder fehlender Abteilungen durch einzelne Assistenten betreut, aber diese Einrichtung versagt, sobald einer der jüngeren Herren, die solche Sparabteilungen repräsentieren, einen Forschungsaufenthalt im Ausland antritt. Außerdem erfolgt die Finanzierung solcher Abteilungssurrogate nicht durch zusätzliche Mittel, sondern aus dem nicht durch Aversen gebundenen Etatrest. So wird im Institut eine Gruppe der Unterentwickelten institutionalisiert – solche Zustände rechne ich in das breite Band *staatlicher Revolutionsförderung*.

Allgemeine Folgerungen aus dieser Situation

Die Ausführungen lassen sich auf folgende These zuspitzen: Gründungen, die isoliert bleiben als Vorleistungen von zwei sich temporär reich fühlenden Kultusministerien, sind in ihrer Existenz gefährdet, weil sie den Eindruck erwecken müssen, als hätten die Landtage unter dem Eindruck allgemeiner Euphorie und nicht aus einer – wenn auch spät aufgedämmerten – Einsicht heraus entschieden. (Man vergleiche hierzu, was Gerhard Fritz in Nr. 9/70, S. 3 dieser Zeitschrift über die Jahre der Gründung geschrieben hat). Nun bedeutet freilich die Entdeckung eines geistigen Massenphänomens (G. Fritz: „Damals entdeckte die Bundesrepublik plötzlich die Welt außerhalb Europas und außerhalb von Verteidigungsbündnissen“) eine gewisse Entschuldigung der Beteiligten. Man sollte aber die Lehre daraus ziehen – etwa in dem Sinn, *nichts zu gründen, was man nicht gesonnen ist, bis zum Abschluß durchzuziehen*. Es besteht große Gefahr, daß gegen dieses Prinzip neuerlich – und immer wieder – verstoßen wird.

Die sog. Sonderforschungsbereiche (SFB) beziehen Entwicklungsländerforschung mit ein. *Auch hier will man offenbar den Geldhahn zudrehen*, bevor die Institutionen – die nach dem Prinzip des Zuerstkommens geschaffen wurden – zu einer einheitlichen und wirklich die Probleme der Dritten Welt erfassenden Einrichtung zusammenwachsen. Der Kurzbericht der DSE-Tagung, die am 22.–23. Oktober 1970 in Bonn unter dem Titel: „Probleme einer gemeinsamen Forschungsplanung in der Entwicklungsländerforschung – Integrationsmöglichkeiten von Sonderforschungsbereichen, Grundlagen- und Auftragsforschung“ stattfand, spricht diesbezüglich für sich. Darin heißt es: „Es gibt zwar sog. regional bestimmte SFB, doch hat in der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) noch kein Rundgespräch über den Begriff der Regionalforschung stattgefunden. Das soll erst für die nächste Finanzierungsrunde geklärt werden“. Was nun, wenn ein sich verengender finanzieller Kragen es zu einer solchen neuen Finanzierungsrunde gar nicht mehr kommen läßt, wenn nur die bisher eilig Etablierten am Zuge bleiben? Was heute vorliegt, ist vielversprechend, aber keinesfalls systematisch und flächendeckend aufgebaut. Es wird also neben dem Torso der universitären Regionalforschungsinstitute – Heidelberg und Bochum – ein weiterer Torso aufgerichtet.

Es ist typisch, daß man sich – mit der Hypothek solch unvollständiger Ansätze beladen – bereits neuen Planungen innerhalb der DFG und anderer Gremien zuwendet. Jetzt wäre es doch *allerhöchste Zeit, sich mit den Auswirkungen zu beschäftigen, die das neue Hochschulrahmengesetz auf die Entwicklungsländerforschung haben wird*, besser und allgemeiner gesagt: auf die gesamte Erforschung außereuropäischer Räume und Kulturen. Dieses Gesetz ist

von vornherein nicht auf die Interessen der „kleinen Fächer“ mit beschränkten Unterbringungsmöglichkeiten und daher auch geringer Studentenzahl abgestimmt, sonst hätte man sich gründlicher damit beschäftigen müssen, was in diesen Fächern mit einer neuen Kategorie deutscher Wissenschaftler geschehen soll, die da unvermeidlich entstehen wird, nämlich den *Ex-Assistenzprofessoren*. In den Naturwissenschaften wird sich vielleicht die Industrie dieses Potentials bemächtigen, in den Schulfächern kann es mit Gewinn im höheren Dienst der Gymnasien eingesetzt werden, was aber soll mit Spezialisten für indische Vorgeschichte oder indonesische Innenpolitik geschehen? Müßte nicht wenigstens ein Teil dieser ausscheidenden Hochschullehrer in Institutionen aufgefangen werden, die insgesamt ein „Centre National de la Recherche Scientifique“ ersetzen, also eine Einrichtung, mit der die Franzosen ausgezeichnete Erfahrungen gemacht haben? Ich meine, daß gerade das *BMZ an der Errichtung eines solchen „pool“ vital interessiert sein müßte*. Es könnte nämlich hier erfahrene Berater beziehen.

In früheren Jahren wurden in der Auftragsforschung meist jüngere Kräfte eingesetzt, deren Endausbildung sich de facto bei der Durchführung des Auftrags vollzog. Das machte oft solche Aufträge erst attraktiv. Nachträglich wird man sich aber fragen müßen, ob das nicht ein teures und mit ideologischen Fehlerquellen behaftetes System war, ob man nicht grundsätzlich auf Personen zurückgreifen sollte, die bereits mehrere Forschungsaufenthalte im Zielgebiet hinter sich haben. Solche Wissenschaftler wären auch das geeignete Personal für die Beschickung von Außenstellen und für die Lehrtätigkeit an den Universitäten der Entwicklungsländer.

Der Bund muß seine Kompetenzen ausschöpfen

Man könnte einwenden, daß ein Teil der hier gezeigten Inkonsequenzen systemimmanent sei, der Gesamtstaat habe eben die Kulturhoheit der Länder zu beachten.

Unter Verwendung eines heute gängigen Terminus müßte das jedoch als „*Immunisierungsstrategie*“ zurückgewiesen werden. Es besteht der dringende Verdacht, der Staat habe die Kulturhoheit der Länder auf diesem wegen außenpolitischer Relevanz von Rechts wegen ihm zufallenden Feld deshalb respektiert (und womöglich noch Aufgaben an die DFG abgeschoben), weil er selbst über keine klaren Vorstellungen verfügt.

Zuletzt hat sich das BMZ, geradezu als löbliche Ausnahme, als federführend und koordinierend im Bereich der Entwicklungsforschung deklariert. Es wird dieser Aufgabe aber nur nachkommen können, wenn es eine Partnerinstanz findet, die sich ebenso verantwortlich für jene Fächer betrachtet, die sich mit außereuropäischen Kulturen und Sprachen beschäftigen. Ohne deren Hilfe ist eine Entwicklungsforschung schlechterdings unmöglich, sie schwebt im leeren Raum.

Nach der Lage der Dinge könnte diese Partnerinstanz, die allmählich die individuellen Initiativen der Länder zusammenfassen und ersetzen müßte, nur das *Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft* sein. Hier hätte es wirklich eine Aufgabe, die sich auf die *Bildung* und nicht nur auf die *Ausbildung* bezieht. Richtungsweisend könnte ein Rundschreiben sein, das die Assistenten der Fächer für außereuropäische Kulturen und Sprachen an der Universität München gerade verfaßt haben. Darin wird auf die bewußtseinsbildende Funktion dieser Fächergruppe hingewiesen und seine Sonderbehandlung im Rahmen der Hochschulreform angeregt.

Die direkte oder indirekte Ausbildungsförderung von Studenten aus Entwicklungsländern in der Bundesrepublik ist ein Sektor der Entwicklungshilfe mit besonderen Problemen. Zweifel an ihrem Nutzen orientieren sich an den Fachkräften aus der Dritten Welt, die noch erhebliche Zeit nach Abschluß der Ausbildung einen Arbeitsplatz in der Bundesrepublik einer Rückkehr ins Heimatland vorziehen. Ab und zu schrecken auch Nachrichten auf, die von der Weiterwanderung dieser Fachkräfte nach den Vereinigten Staaten oder nach Kanada berichten. Schließlich sind es die Informationen über hohe Arbeitslosenquoten unter ausgebildeten Akademikern in manchen Entwicklungsländern, die die Fortführung von Stipendienprogrammen in Frage stellen. Die Probleme sind in letzter Zeit ausgiebig diskutiert worden (Siehe auch E + Z 1/71 Seite 3 und Leserbrief in 3/71). Auskunft über Empfehlungen und Vorschläge zur Stipendienpolitik enthält u.a. ein Bericht der Deutschen Stiftung für Entwicklungsländer (DOK 544), die im November 1970 alle beteiligten Institutionen zu einer Tagung eingeladen hatte. Die Zukunft wird erweisen, ob der Katalog von Empfehlungen lediglich archiviert oder in Taten umgesetzt wird. Gefordert werden u.a. eine am Bedarf orientierte Förderung, die den Schwerpunkt bei Graduierten setzt, ein Ausbau der sur place-Studienprogramme, eine Vielzahl von Maßnahmen zur besseren Vorbereitung und Eingliederung in den Studiengang, eine entwicklungsspezifische Orientierung des Studiums, die Schaffung international anerkannter Studienabschlüsse und Maßnahmen zur Rückgliederung bis hin zur Errichtung einer zentralen Informations- und Beratungsstelle zur Vermittlung von Arbeitsplätzen im Heimatland.

■ Der Eindruck eines perfekten Systems gezielter Ausbildungsförderung von Fachkräften für die Dritte Welt drängt sich auf, vorausgesetzt daß die Empfehlungen Wirklichkeit werden. Alle negativen Erfahrungen scheinen berücksichtigt zu sein. Es ist demnach zu erwarten, daß zunehmend weniger ausgebildete Fachkräfte aus Asien, Afrika und Lateinamerika dem Entwicklungsprozeß ihrer Heimatländer verloren gehen. Diese Erwartung dürfte sich ziemlich schnell als Trugschluß erweisen, weil sie allein auf institutionelle Lenkungsmaßnahmen vertraut.

Alle Empfehlungen bis hin zur Forderung nach Einbeziehung der Vorstellungen von Studenten aus Entwicklungsländern in die Stipendienplanung betreffen nur die eine Seite der Medaille: die Revision der Stipendienpolitik von Institutionen im Hinblick auf ihre Zielvorstellungen. Die Konsequenzen aus den Fehlern der Vergangenheit sind richtig, aber unvollständig. Es gibt nämlich neben dem Blickpunkt der Stipendienorganisationen, der Auslandsämter und Entwicklungshilfeinstitutionen den der Stipendiaten und indirekt Geförderten; besser:

Manfred Sollich Unvollständige Konsequenzen in Sachen „brain-drain“

Die Empfehlungen
zur Stipendienpolitik lassen
partnerschaftliche Ansätze
vermissen

den des einzelnen, der zu einer Fachkraft für die Dritte Welt ausgebildet werden soll.

Ständigen Wandel berücksichtigen

Institutionelle Lenkungsmaßnahmen müssen verallgemeinern. Sie können den Wandel der Verhältnisse in den Ländern nur langsam und den persönlichen Entwicklungsprozeß der in der Ausbildung Befindlichen kaum berücksichtigen. Mit anderen Worten: Die Bedarfsanalysen mögen bei der Entscheidung zur Ausbildungsförderung noch so genau sein, die Vorinformation, die Sprachausbildung und die Eingliederung in den Studiengang mögen bestens organisiert sein, ja sogar für die Rückgliederung mag es funktionierende Informations- und Beratungsstellen geben, aber:

■ der maximale, für die Entwicklung der Heimatländer erwünschte Erfolg wird nur in dem Maße erreicht werden, in dem es gelingt, einen Ausgleich zwischen dem persönlichen Bildungsprozeß der hier Auszubildenden, dem sich ständig wandelnden Bedarf im Heimatland und den Leitlinien der Förderungs politik zu finden.

Das bedarf einer Kommunikation, die sich nicht in der Vermittlung allgemeingültiger Informationen erschöpft, sondern die auf den jeweils konkreten Fall bezogen ist, die den einzelnen Studenten nicht theoretisch im Gesamtprozeß seines Heimatlandes einplant oder verplant, sondern die auf seine konkrete Rolle an einem bestimmten Arbeitsplatz zugeschnitten ist. Kurz, auch im Stipendienwesen muß ein Versuch zu wirksamer Partnerschaft gemacht werden. Nur so kann auch die Ausbildung des einzelnen Studenten eine entwicklungsspezifische Orientierung erhalten, die ganz konkrete Chancen für einen Arbeitsplatz eröffnet und ganz konkreten Nutzen für die Entwicklung bringt.

Ein Beispiel zur Verdeutlichung

Ein indonesischer Student will Diplomingenieur für Maschinenbau werden. Sein Ziel ist zunächst die Hochschullaufbahn. Die

Leistungsvoraussetzungen dafür sind gegeben. Während des Studiums entdeckt er ein größeres Interesse an der technischen Praxis. Er lernt einen Landsmann kennen, der Chemie studiert und spezielle Interessen für die Plastikherstellung hat. Beide entwickeln Pläne für ihre Arbeit zu Haus. Die Idee, die sie schließlich fasziniert: Es müßte möglich sein, eine Plastikflaschenfabrikation in kleinem Umfang anzufangen, um so die teuren, meist importierten Glasflaschen zu ersetzen. Maschinenbauer und Chemiker konkretisieren ihre Ausbildung. Sie spezialisieren sich im Sektor der Plastikherstellung. Ihre Bemühungen um einen Kredit für die Anschaffung einer entsprechenden Maschine haben nach Abschluß des Studiums Erfolg. Mit großem Elan kehren sie zurück und beginnen in harter Arbeit eine kleine Produktion.

Erfolgreiche entwicklungsfördernde Ausbildung könnte man meinen.

Nicht ganz, denn es zeigte sich, daß diese Ausbildung noch ganz spezifischer Ergänzungen bedurft hätte, um ein Maximum an Nutzen zu bringen. Im Heimatland stellten nämlich der Diplomingenieur und der Diplomchemiker fest, daß keine Facharbeiter vorhanden waren, die bei dem komplizierten Produktionsvorgang eingesetzt werden konnten. In Selbsthilfe wurden diese herangebildet, aber unter welchen Schwierigkeiten. Die Ausbildung an der Technischen Hochschule hatte pädagogisches Wissen nicht vermittelt und auch die Fertigkeiten, über die ein Maschinenschlosser oder Chemiefacharbeiter verfügen sollte, waren bei den ehemaligen Stipendiaten mehr von gelegentlicher Werkarbeit her als von ihrem Studium bekannt. Eine Art Fernunterricht setzte ein, um durch Literatur über Handwerker Ausbildung die Lücke der Akademikerausbildung mühsam zu schließen. Ähnlich verhielt es sich mit dem Plan, den kleinen wachsenden Betrieb genossenschaftlich zu organisieren. Welcher Diplomchemiker oder Diplomingenieur in Deutschland legt Wert darauf, davon etwas zu verstehen?

Laufende

individuelle Ausbildungsberatung

Entsprechend dem sich während der Ausbildung konkretisierenden Plan der beiden hätte es eine daraufbezogene Ausbildungsberatung geben müssen, die in der Lage gewesen wäre, Handwerker Ausbildung und Genossenschaftsorganisation als unbedingt wichtige Ergänzungen zum TH-Studium begründet zu empfehlen. Von großen Leitlinien einer Stipendienpolitik lassen sich solch konkrete Empfehlungen nicht ableiten.

■ Auch reicht es nicht aus, für ausländische Studenten Fachtutoren einzustellen, die die Erreichung des Studienzieles nach den deutschen Erfordernissen erleichtern helfen. Es kommt auf die Ausbildungsvarianten im Einzelfall an.

Die großen Leitsätze der Stipendienpolitik

Es gibt entwicklungspolitische Tagungen, die durch ihre Enthüllung eines Dilemmas eher frustrierend wirken, als daß sie Mut und Ansporn vermitteln und ihrem Veranstalter eitel Freude machen. Sollten sie aber deshalb unterbleiben?

Diese Frage stellt sich nach der von weit über 100 Fachleuten besuchten dreitägigen Konferenz der Deutschen Stiftung zum Thema: Die Rolle der Stipendienpolitik in den 70er Jahren im Rahmen der Entwicklungsförderung.

Die Probleme der Stipendienpolitik sind schon auf Dutzenden von Tagungen, nicht zuletzt in der Evangelischen Akademie Loccum, analysiert und beklagt worden:

- Es fehlt an der Zusammenarbeit der Stipendiengeber, die von einem halben Dutzend miteinander konkurrierender Bundes- und Länderministerien finanziert werden. Eine Studie des DAAD, die erstmals eine Übersicht über die unterschiedlichen Ziele und Bedingungen dieser Geber geben will, kommt nur unter Schwierigkeiten zustande. Zu einem Erfahrungsaustausch aus eigener Initiative hat man sich nicht aufrufen können und entsprechende Empfehlungen finden keinen Adressaten.

- Die Bundesregierung vergibt Stipendien aus verschiedenen Töpfen, hat aber auf die Durchführung der Aus- und Fortbildungsprogramme an den Hochschulen der Bundesländer wenig oder keinen Einfluß und muß zusehen, welche Chancen aufgrund mangelnder Zusatzprogramme für Studierende aus Entwicklungsländern und allgemeiner Strukturschwächen des deutschen Bildungswesens vertan werden.

- Es besteht noch eine große Unsicherheit, wohin die Reise in den nächsten Jahren gehen soll und welches Konzept sich aus den Anforderungen der Zweiten Entwicklungsdekade ergibt.

Um mit dem letztgenannten Problem zu be-
für das nächste Jahrzehnt sind zur Orientierung wichtig, garantieren aber – selbst wenn sie befolgt würden – noch nicht eine Förderung der Entwicklung. Entwicklung hängt von Bildung ab. Das besagt gleichzeitig, daß Entwicklung entscheidend von Personen abhängt. Institutionelle Planungen, zufriedenstellende Eingliederung in die deutschen Bildungseinrichtungen und perfekte Stipendienprogrammabwicklung können zu einem technischen Mechanismus werden, der die entwicklungsfördernde Initiative der auszubildenden Personen nicht wahrnimmt, nicht fördert oder gar tötet.

Brain-drain hat seine Ursachen auch hier, denn Entfremdung vom Heimatland bewirkt nicht nur die Faszination des Lebensstandards im Gastland, sondern stärker noch die mangelnde Einsicht in eine künftige, vorstellbare Rolle im Heimatland.

Es ist wesentlich schwieriger, ein partnerschaftliches Verhältnis zu entwickeln, das dem Rechnung trägt, als allgemeine Leitsätze für eine Stipendienpolitik aufzustellen.

Dieter Danckwortt

Aus- und Fortbildung an den Hochschulen entspricht nicht den Bedürfnissen

Bleiben die Probleme der Stipendienpolitik in den siebziger Jahren weiter ungelöst?

ginnen: Es war die einhellige Meinung der Teilnehmer, daß die Aus- und Fortbildung an den deutschen Hochschulen weder quantitativ noch qualitativ den Bedürfnissen der Entwicklungsländer entspricht. Zu einem ähnlichen Ergebnis auf internationaler Ebene über das Auslandsstudium kam bekanntlich auch die Pearson-Kommission. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit finanziert darum entweder Studienplätze in Entwicklungsländern und greift dabei auf das vom DAAD entwickelte Programm der sur place-Stipendien zurück oder es hat Spezialeinrichtungen in Deutschland geschaffen oder gefördert wie die Carl-Duisberg-Gesellschaft und die Zentralstellen der Deutschen Stiftung für Entwicklungsländer, die geschlossene Fortbildungskurse außerhalb der Universität durchführen.

Diesen Weg können das Auswärtige Amt und der DAAD mit ihren 1644 Stipendiaten aus Entwicklungsländern nicht gehen. Sie könnten jedoch Schwerpunkte bilden und sich auf ein Stipendienprogramm für Post-Graduierte konzentrieren, zumal Zulassungsbeschränkungen und numerus clausus in vielen Fachrichtungen die Zahl ausländischer Studienanfänger, vor allem aus Entwicklungsländern, so reduzieren, daß entwicklungspolitische Überlegungen in Zusammenhang mit einer Studienausbildung in der Bundesrepublik etwas utopisch erscheinen. So bleibt nur die Hoffnung auf die neuen Universitäten, die in den auf deutsche Bedürfnisse zugeschnittenen Studiengang entwicklungspolitische Ergänzungsstudien einbauen, um zu einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Entwicklungsprozeß und dem sozio-kulturellen Wandel zu befähigen.

Vielleicht kommt die deutsche Studienreform mit ihren neuen gesellschaftspolitischen Akzenten dieser Forderung entgegen, denn auf der Tagung wurde festgestellt, daß entwicklungspolitische Fragestellungen sich im Kern genauso für unser eigenes Land und seine Reformbedürftigkeit stellen. Für ein solches maßgeschneidertes Studienprogramm werden nicht nur mehr entwicklungspolitische Forschungszentren und Lehrstühle benötigt, sondern

auch Fachtutoren in großer Zahl, Träger für Ferienseminare und vor allem eine gezielte Förderung der ausländischen und internationalen Studentenvereinigungen.

Mehrfach wurde bezweifelt, ob man für diese und andere Forderungen angesichts der eigenen Bildungsmisere denn die nötigen Mittel von den Haushaltsausschüssen in Bund und Länderparlamenten erhalten werde. Diese Gretchenfrage muß in allererster Linie der Bundesregierung gestellt werden, die nun einmal für die Entwicklungshilfe erhebliche Zusagen gemacht und dabei die Bildungshilfe in den Vordergrund gestellt hat. Sie kann nicht einfach aus Kompetenzgründen Tausende von Studenten aus Entwicklungsländern aus ihrem Programm ausklammern.

Bei den Finanzierungsüberlegungen ergibt sich zudem die Frage, ob auch bei sorgfältiger Auswahl der Stipendiaten nicht doch nur der eine oder andere „Begabte“ gefördert wird, dessen Ausbildung nicht unbedingt Priorität im Entwicklungsprogramm seines Landes haben muß.

Welche Entwicklungsländer aber besitzen bereits Bildungspläne und Arbeitskräftebedarfsanalysen? Auch bei uns ist dies ja ein neues Gebiet. Und selbst wenn Pläne vorhanden sind, soll man dann der Politik der Regierungen folgen? Die Studentenschaft ist hier vielen Staaten gegenüber kritisch eingestellt und sieht bei ihnen eine einseitige Förderung der privilegierten Elite, während nach unserer Vorstellung das Bildungswesen demokratisiert werden sollte. So stand neben der Forderung nach Planung und Schwerpunktbildung durch Förderung von Post-Graduierten noch die Frage nach privater Hilfe für Minoritäten und Oppositionelle – die sogenannten marginalen Gruppen – die auf lange Sicht für den Entwicklungsprozeß ihrer Länder noch von Bedeutung sein werden.

Die Massenhaftigkeit der Bildungserfordernisse in Entwicklungsländern mit einer Bevölkerungsexplosion kann nach Ansicht des Referenten aus dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit die bisherige Form des Auslandsstudiums überhaupt in Frage stellen.

Können sich diese Länder und können auch wir es uns erlauben, die viel zu geringen Mittel für den Aufbau des Bildungswesens in so starkem Maße für das höhere Erziehungswesen und für Hochschulstipendien einzusetzen?

Werden nicht die Entwicklungsländer zu der Einsicht kommen, daß ihre Universitäten weitgehend zu Fehlinvestitionen werden und Eliten erzeugen, welche die Entwicklung an der Basis nicht fördern, sondern eher hemmen und den Massen entfremdet sind?

Werden sie dann noch Studierende in Länder entlassen, von denen sie einen ähnlich negativen Effekt befürchten müssen?